

Congress Report



Entscheidungen und
Entscheidungsprozesse der Legislative
der Vereinigten Staaten von Amerika

3/2003

325
205
2003,3

45 : 325 / 205 - 2003, 3



04g 423 (2)

Congress Report, ISSN 0935 - 7246

Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Alle Rechte vorbehalten.

Beirat: Professor Dr. Ernst-Otto Czempiel
Redaktion: Dr. Söhnke Schreyer
Professor Dr. Jürgen Wilzewski
Anschrift der Redaktion: Goethestraße 28,
35390 Gießen; Bankverbindung: Sonder-
konto Congress Report, Konto-Nr. 937 576,
Sparkasse Gießen, BLZ 513 500 25



1. Der Congress und der Irak-Krieg

Im Congress sind nach Präsident Bushs Ultimatum gegenüber der irakischen Führung und dem Beginn der Kriegshandlungen am 20. März 2003 die Kämpfer für Frieden geschlossen am 20. März 2003. Die Fraktionsvorsitzende der Demokraten, Nancy Pelosi (Cal.), die Politik des Präsidenten in der Irak-Frage Anfang März 2003 scharf kritisiert hatten, wollten sie sich im Beginn des Irak-Kriegs ausdrücklich hinter die amerikanischen Streitkräfte „Officer and Men“ setzen. „Hörst du nicht unsere Männer und Frauen in Uniform, und wie bereit sie sind, die Freiheit und sichere Ermöglichung des Irak mit möglichst geringen Verlusten an Menschenleben unter unseren Streitkräften und der Zivilbevölkerung des Irak“, so Nancy Pelosi.

- | | <u>Seite</u> |
|---|--------------|
| 1. Der Congress und der Irak-Krieg | 1 |
| Die Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Repräsentantenhaus Nancy Pelosi hat wenige Tage zuvor in einer Rede vor dem Congress im Februar 2003 über die Sicherheit der Vereinten Nationen (UN) gesprochen. „Ich glaube nicht, dass wir die UN als einzige Möglichkeit sehen, um den Irak zu befreien“, so Pelosi. „Aber der Krieg wird die beste Weg sein, um die Menschenrechte im Irak zu schützen.“ | 2 |
| 2. Repräsentantenhaus spricht sich für Klonierungsverbot aus | 2 |
| Schwechthelm der Vereinten Nationen (UN) gesprochen. „Ich glaube nicht, dass wir die UN als einzige Möglichkeit sehen, um den Irak zu befreien“, so Pelosi. „Aber der Krieg wird die beste Weg sein, um die Menschenrechte im Irak zu schützen.“ | 3 |
| 3. Senat ratifiziert Abrüstungsvertrag mit Russland | 3 |
| Alternativen für einen multilateralen Vorgehensweg, wie die Durchführung der UN-Waffeninspektionen und der Diplomatie. | 4 |
| 4. Repräsentantenhaus begrenzt Schmerzensgeld bei ärztlichen Kunstfehlern | 4 |
| Abstand zu den im Senat. Die Abgeordneten im Repräsentantenhaus haben sich mit einer unilateralen Vorgehensweise, die eine mehrstufige Vorgehensweise darstellt, um die Schmerzensgeld zu begrenzen. | 5 |
| 5. Senat für Verbot von umstrittenem Abtreibungsverfahren | 5 |
| Die Abgeordneten im Repräsentantenhaus haben sich mit einer unilateralen Vorgehensweise, die eine mehrstufige Vorgehensweise darstellt, um die Schmerzensgeld zu begrenzen. | 6 |
| 6. Senatoren fordern Halbierung von Bushs Steuerentlastungspaket | 6 |
| Die Abgeordneten im Repräsentantenhaus haben sich mit einer unilateralen Vorgehensweise, die eine mehrstufige Vorgehensweise darstellt, um die Schmerzensgeld zu begrenzen. | 7 |
| 7. Bush legt verändertes Konzept für Medikamentenzusatzversicherung vor | 7 |
| Am 19. März, an dem der Bush-Plan für die Zusatzversicherung für Medikamente im Senat ratifiziert wurde, hat der Bush-Plan für die Zusatzversicherung für Medikamente im Senat ratifiziert wurde. | 9 |
| 8. Tauziehen um Bestätigung von Bundesrichter Estrada im Senat | 9 |
| Die Kritik gegen Estrada ist nicht verstanden worden. Die Abgeordneten im Repräsentantenhaus haben sich mit einer unilateralen Vorgehensweise, die eine mehrstufige Vorgehensweise darstellt, um die Schmerzensgeld zu begrenzen. | 10 |
| 9. Senator Graham strebt demokratische Präsidentschaftskandidatur an | 10 |

3/2003

1. Der Congress und der Irak-Krieg

Im Congress sind nach Präsident Bushs Ultimatum gegenüber der irakischen Führung und dem Beginn der Kriegshandlungen am 20. März 2003 die kritischen Stimmen gegenüber der Irak-Politik Präsident Bushs weitgehend verstummt. Während die Fraktionsspitzen der Demokraten, *Senate Minority Leader* Thomas A. Daschle (S.D.) und *House Minority Leader* Nancy Pelosi (Cal.), die Politik des Präsidenten in der Irak-Frage Anfang März 2003 scharf kritisiert hatten, stellten sie sich mit Beginn des Irak-Krieges ausdrücklich hinter die amerikanischen Streitkräfte. „Die Amerikaner stehen geeint hinter unseren Männern und Frauen in Uniform, und wir beten für die schnelle und sichere Entwaffnung des Irak mit möglichst geringen Verlusten an Menschenleben unter unseren Streitkräften und der Zivilbevölkerung des Irak“, so Nancy Pelosi.

Die Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Repräsentantenhaus hatte Präsident Bush wenige Tage zuvor in einer Rede vor dem *Council on Foreign Relations* scharf angegriffen und jede militärische Lösung der Irak-Krise ohne vorherigen Beschluss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN) dezidiert abgelehnt. „Ich glaube nicht“, so Pelosi, „dass der Krieg jetzt der beste Weg zur Beseitigung der Massenvernichtungswaffen des Irak ist.“ Die Demokratin verlangte von Bush die Ausschöpfung aller Alternativen vor einem militärischen Gewalteinsatz, wie die Fortsetzung der VN-Waffeninspektionen und der Diplomatie.

Ähnlich äußerte sich ihr Senatskollege Daschle, der dem Präsidenten vorwarf, die USA mit seiner unilateralen Vorgehensweise „in eine noch viel stärker isolierte Position“ gebracht zu haben, als er sich das jemals hätte vorstellen können. Die Administration, so der Senator, „stürme in einen Krieg“, ohne sich um die aus ihrem Alleingang resultierenden Konsequenzen zu kümmern. Pelosi und Daschle unterstrichen damit ihre Ablehnung gegenüber den Kriegsplänen des Präsidenten und dessen offenkundiger Ablehnung weiterer diplomatischer Lösungsversuche im Rahmen der Vereinten Nationen. Weder gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit, noch gegenüber der Weltgemeinschaft und dem Sicherheitsrat, so die demokratischen Fraktionsspitzen Anfang März, sei von der Bush-Administration hinreichend deutlich gemacht worden, warum „Krieg der beste Weg“ zum Umgang mit irakischen Massenvernichtungswaffen sei.

Die Kritik konnte freilich nicht verhüllen, dass die demokratische Partei im Congress in der Irak-Frage tief gespalten war. Während Demokraten wie Senator Joseph I. Lieberman (Conn.) und der frühere Fraktionsvorsitzende im Repräsentantenhaus, Richard A. Gephardt (Mo.), die militärische Entwaffnung Saddam Husseins offen unterstützten, drängten Senatoren wie Edward M. Kennedy (Mass.) und Robert C. Byrd (W.Va.) darauf, den Waffeninspektoren der Vereinten Nationen (VN) mehr Zeit einzuräumen.

Unterstützung erhielten sie dabei neben dem *National Council of Churches* und der Katholischen Bischofskonferenz auch vom amerikanischen Gewerkschaftsdachverband *AFL-CIO*, der 65 Einzelgewerkschaften repräsentiert. Dessen Exekutivkomitee sprach sich Anfang März 2003 für eine multilaterale Vorgehensweise in der Irak-Krise

aus und kritisierte die Administration scharf, der es vorwarf, die Gründe für eine militärische Entwaffnung des Irak weder „dem amerikanischen Volk, noch der Welt“ hinreichend deutlich gemacht zu haben. Der Gewerkschaftsdachverband plädierte stattdessen für Lösungen im Rahmen der VN. Dies stellte insofern ein Novum dar, als die *AFL-CIO* die Politik des Weißen Hauses während des Golfkrieges 1991 noch vorbehaltlos unterstützt hatte.

Die kritische Haltung von Kirchen und Gewerkschaften deckte sich mit den Einstellungsmustern der amerikanischen Öffentlichkeit, die sich auch nach der Ermächtigungsresolution des Congress zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak im Oktober 2002 (vgl. CR 10/2002, S. 1) mehrheitlich für diplomatische Lösungen der Irak-Krise ausgesprochen hatte. Noch Anfang März 2003 plädierte eine knappe Mehrheit der Befragten in einer *New York Times/CBS*-Umfrage dafür, den VN-Waffeninspektoren mehr Zeit einzuräumen. Gleichzeitig verstärkte sich aber auch die Kritik an den Vereinten Nationen und ihrer Handhabung der Irak-Krise.

Mit Beginn des Irak-Krieges am 20. März 2003 hat jener „rally-around-the-flag“-Effekt eingesetzt, dem sich nur wenige im Congress wie der demokratische Abgeordnete Dennis J. Kucinich (Ohio), der sich um die Präsidentschaftsnominierung seiner Partei 2004 bemüht (vgl. CR 2/2002, S. 10), entziehen. Kucinich, der die militärische Entwaffnung des Irak vehement ablehnt, bezeichnete den Beginn der Kampfhandlungen als „einen traurigen Tag für Amerika“. Dagegen versicherte sein Fraktionskollege Richard A. Gephardt (Mo.) Präsident Bush seine volle Unterstützung.

Die republikanischen Fraktionsspitzen, die Bushs Kurs in der Irak-Krise von Anfang an größtenteils vorbehaltlos unterstützt hatten, unterstrichen, dass eine militärische Entwaffnung des irakischen Diktators unumgänglich sei. „Wir kämpfen nicht nur für unsere nationale Sicherheit“, so der *Speaker* des Repräsentantenhauses J. Dennis Hastert (R-Ill.), sondern auch für „universelle Ideale des Lebens und der Freiheit.“

Präsident Bush hatte den Congress vor Beginn der Kampfhandlungen im Einklang mit der „Resolution to Authorize the Use of United States Armed Forces against Iraq“ (Abschnitt 3 b) darüber unterrichtet, „dass weitere diplomatische und andere friedliche Mittel allein“ weder die Sicherheit der Vereinigten Staaten schützen, noch die Einhaltung der VN-Resolutionen zur Abrüstung der Massenvernichtungswaffen durch den Irak sicherstellen.

2. Repräsentantenhaus spricht sich für Klonierungsverbot aus

Das Repräsentantenhaus hat sich am 27. Februar 2003 mit 241:155 Stimmen für ein Verbot des Klonens und gegen die Veränderung menschlicher embryonaler Zellen durch Klonieren ausgesprochen. Für die Entscheidung votierten 198 Republikaner, 42 Demokraten und ein Unabhängiger. Dagegen stimmten neben 16 Republikanern 139 Demokraten.

Die Gesetzesvorlage (*House Resolution 534*) geht auf eine Initiative von Dave Weldon (R-Fla.) und Bart Stupak (D-Mich.) zurück.

Sie sieht ein Verbot

- des Imports klonierter menschlicher Embryonen und embryonaler Zellen,
- sowie Gefängnisstrafen von bis zu 10 Jahren und Geldstrafen von mindestens 1 Mio. USD für diejenigen vor, die in den USA menschliche Embryonen klonieren.

Präsident Bush unterstützt die Gesetzesvorlage und verweist auf die „moralischen und ethischen Fragen“, die mit der Klonierung von menschlichen Embryonen verbunden sind.

Die in den USA ansässige Sekte der „Raelianer“ hatte im Dezember 2002 mit Berichten Aufsehen erregt, nach denen es ihr gelungen sei, ein Baby zu klonen. Die Methode des Klonens wurde 1996 erstmals erfolgreich von schottischen Wissenschaftlern an einem Schaf angewandt.

Inwieweit die Weldon/Stupak-Vorlage, die vom Repräsentantenhaus im Juli 2001 schon einmal mit ähnlichen Mehrheiten verabschiedet wurde, allerdings jemals Gesetzkraft erlangt, ist äußerst fraglich, da sich im Senat dafür die erforderlichen Mehrheiten bisher nicht abzeichnen (vgl. CR 6-7/2002, S. 6).

Zwar hat Senator Sam Brownback (R-Kan.) dort ebenfalls eine entsprechende Vorlage (S 245) eingebracht. Allerdings verfügt die republikanische Mehrheitsfraktion bisher nicht über jene nach der Geschäftsordnung erforderliche Dreifünftel-Mehrheit, die zur Überwindung einer Blockade des Gesetzesentwurfs im Wege des *Filibuster* erforderlich ist.

Die Gegner eines generellen Klonierungsverbots im Senat wollen Ausnahmen für die Stammzellen-Forschung erwirken, die medizinische Fortschritte zur Behandlung genetischer Defekte verspricht.

3. Senat ratifiziert Abrüstungsvertrag mit Russland

Der Senat hat am 6. März 2003 den zwischen Präsident Bush und seinem russischen Amtskollegen Putin im Mai 2002 unterzeichneten Vertrag zur Verringerung der nuklearstrategischen Offensivwaffen (*Strategic Offensive Reductions Treaty*, SORT) mit 95:0 Stimmen ratifiziert (vgl. CR 2/2003, S. 2).

Der Vertrag sieht die Verringerung der strategischen Atomwaffen der Vereinigten Staaten und Russlands auf jeweils 1.700-2.200 Gefechtsköpfe bis zum Jahr 2012 vor und knüpft an die START-Abrüstungsverträge aus den neunziger Jahren an.

Vor allem Demokraten wie John Kerry (D-Mass.) hatten im Senatsplenum Bedenken gegenüber dem SORT-Abkommen angemeldet, weil sie befürchteten, dass beide Seiten die Zahl ihrer abzurüstenden Atomwaffen in eine Art strategische Reserve überführen könnten, was der Vertrag nicht ausdrücklich verbietet.

So hatte das Pentagon im Zuge der Vertragsunterzeichnung bereits angekündigt, dass es die abzurüstenden Waffen in eine „Reserve“ überführen möchte, was der eigentlich vorgesehenen nuklearstrategischen Abrüstung faktisch zuwider laufen würde.

Nach Berechnung der *Arms Control Association* verfügen die Vereinigten Staaten zur Zeit über 5.927 strategische Atomwaffen. Von Russland wird angenommen, dass es noch 5.483 dieser Waffen in seinen Arsenalen bereithält. Bis zum Jahr 2012 müssten auf amerikanischer Seite etwa 3.700, auf russischer Seite etwa 3.300 nuklearstrategische Gefechtsköpfe abgerüstet (oder aber in eine Reserve überführt) werden.

Senator Byron Dorgan (D-N.M.) kommentierte die Ratifizierung des Vertragswerks denn auch lakonisch mit den Worten, dass es „die Dinge wahrscheinlich nicht befördere, ihnen aber auch keinen Schaden zufüge.“

4. Repräsentantenhaus begrenzt Schmerzensgeld bei ärztlichen Kunstfehlern

Das Repräsentantenhaus hat am 13. März 2003 mit 229 gegen 196 Stimmen eine Gesetzesvorlage (*Health Act*, HR 5) verabschiedet, die enge Grenzen für Schmerzensgeldzahlungen im Fall von medizinischen Behandlungsfehlern vorgibt.

In der parteipolitisch scharf polarisierten Abstimmung sprachen sich 213 Republikaner und 16 Demokraten für die Annahme der Gesetzesvorlage aus, dagegen stimmten 186 Demokraten, 9 Republikaner sowie ein parteiunabhängiger Abgeordneter.

Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus folgte mit der Initiative einem Vorschlag Präsident Bushs, der Anfang des Jahres eine Begrenzung von Schmerzensgeldzahlungen gefordert hatte, um die in einer Reihe von Einzelstaaten stark gestiegenen Kosten für Haftpflicht-Versicherungen für Ärzte (*Medical Malpractice Insurance*) und ‚leichtfertige Klagen‘ gegen medizinische Dienstleister einzudämmen.

Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass

- Schmerzensgeldzahlungen an Patienten 250.000 USD nicht überschreiten dürfen.

Nicht betroffen von der Begrenzung sind ökonomische und medizinische Schadensersatzleistungen.

Dennoch wandten Kritiker von der Seite der Demokraten wie der Konsumentenschutzverbände ein, die niedrigen Obergrenzen würden betroffenen Patienten, die auf Grund

von Behandlungsfehlern mit hohen Folgekosten zu kämpfen hätten, die notwendigen Mittel für eine angemessene Versorgung und Pflege vorenthalten.

Ungeachtet dieser Einwände hielten die Republikaner dagegen, die Begrenzung des Schmerzensgeldes sei angesichts der häufig in die Millionen gehenden Zahlungen zwingend erforderlich, um ansonsten perspektivisch unumgänglichen Einschränkungen des medizinischen Versorgungsangebots vorzubeugen.

Die Verbände von Ärzten, Krankenhäusern und Versicherungen unterstützten nachdrücklich die republikanische Argumentation. Kritisch äußerten sich neben den Konsumentenverbänden vor allem die Berufsorganisationen der Rechtsanwälte.

Die Aussichten der Vorlage auf Annahme im Senat sind jedoch ungewiss. Zum einen hat eine Reihe von republikanischen Senatoren gefordert, dass die Obergrenzen bei schwerwiegenden Behandlungsfehlern aufgehoben werden müssten. Zum anderen kann die demokratische Minderheit im Senat eine Abstimmung über die Gesetzesvorlage gegebenenfalls mit Hilfe der Geschäftsordnung blockieren.

5. Senat für Verbot von umstrittenem Abtreibungsverfahren

Der Senat hat mit 64 gegen 33 Stimmen am 13. März 2003 ein Verbot eines umstrittenen Verfahrens zum Schwangerschaftsabbruch beschlossen, das von seinen Gegnern als *partial-birth abortion* bezeichnet wird.

Für das Verbot stimmten 48 Republikaner und 16 Demokraten, dagegen 29 Demokraten, 3 Republikaner sowie der unabhängige Senator Jim Jeffords (Vt.). Drei Demokraten enthielten sich der Stimme.

Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass

- *partial-birth abortions* nur noch bei Gefährdung des Lebens, nicht aber bei einer Gefährdung der Gesundheit der Mutter zu erlauben. Bei diesem Verfahren wird der Embryo zur leichteren Entfernung erst dann getötet, wenn sich der obere Teil des Körpers bereits außerhalb des Mutterleibes befindet.

In der Senatsdebatte brandmarkten Kritiker *partial-birth abortions* als „barbarische und unmoralische Akte“ der „Tötung“ von Neugeborenen.

Die Gegner des Verbots verwiesen demgegenüber darauf, dass die Prozedur nur in seltenen Fällen zum Schutz der Gesundheit der Mütter bei Abtreibungen im fünften und sechsten Monat einer Schwangerschaft angewandt werde und weniger als ein Prozent aller Schwangerschaftsabbrüche ausmache.

Es wird erwartet, dass das Repräsentantenhaus dem Verbot zustimmt. Präsident Bush hat ebenfalls seine Unterstützung für das Gesetz signalisiert, dessen Inkrafttreten in den 1990er Jahren von Präsident Clinton durch ein Veto wegen des fehlenden Schutzes der Gesundheit der Frauen zweimal verhindert worden ist.

Nach einem Inkrafttreten gilt jedoch eine Anfechtung des Gesetzes vor dem Obersten Gerichtshof (*Supreme Court*) als sicher, der in früheren Verhandlungen über ähnlich lautende einzelstaatliche Verbote eine hinreichend genaue Abgrenzung des Verfahrens und Vorkehrungen zum Schutz der Gesundheit der Frauen gefordert hat.

6. Senatoren fordern Halbierung von Bushs Steuerentlastungspaket

Eine Gruppe von vier Senatoren aus beiden Fraktionen hat in einem offenen Brief an die Senatsführungen beider Parteien Mitte März 2003 eine Begrenzung der von Präsident Bush vorgeschlagenen neuen Steuerentlastungen (vgl. CR 2/2003, S. 3) gefordert.

Olympia J. Snowe (R-Maine), George V. Voinovich (R-Ohio), Max Baucus (D-Mont.) und John B. Breaux (D-La.) bekräftigten in ihrem Schreiben, dass sie gegen ein Steuereinsparungspaket in dem ursprünglich vorgeschlagenen Umfang stimmen würden.

Die demokratische Senatsfraktion lehnt zusätzliche Steuersenkungen mit Ausnahme von Zell Miller (D-Ga.) geschlossen ab. Von republikanischer Seite haben sich zudem die Senatoren Lincoln D. Chafee (R.I.), Susan Collins (Maine) und John McCain (Ariz.) ablehnend bis skeptisch gegenüber der Initiative des Präsidenten geäußert.

Damit fehlt der Gesetzesvorlage, die von den republikanischen Parteiführungen Ende Februar in beiden Kammern eingebracht worden ist (*Jobs and Growth Tax Act of 2003*), im Senat gegenwärtig eine Mehrheit. *Senate Minority Leader* Tom Daschle wiederholte angesichts des offenen Widerstands seine Einschätzung, der Vorschlag des Präsidenten sei „officially dead“.

Im Repräsentantenhaus hat eine Gruppe von 11 Abgeordneten vom linken Flügel der Republikanischen Partei im Zuge der laufenden Haushaltsberatungen ebenfalls in einem offenen Brief Bedenken gegen Steuersenkungen bei gleichzeitig drastischen Einschnitten in wichtige Bundesprogramme angemeldet.

Angesichts der ohnehin steigenden Defizite des Bundeshaushalts kompliziert auch die neue Schätzung der zu erwartenden Steuerausfälle durch das *Joint Committee on Taxation* des Senats und des Repräsentantenhauses, das von Mindereinnahmen des Bundes von zwischenzeitlich 726 Mrd. USD (35 Mrd. mehr als ursprünglich angenommen) ausgeht, die Umsetzung von Bushs Steuerreformplan.

Darüber hinaus sind in die aktuellen Haushaltsprojektionen die Kosten des Irakkrieges noch nicht eingeflossen (vgl. Punkt 1), für den die Administration 60 bis 100

Mrd. USD veranschlagt hat. Ein Vorstoß der Demokraten im Senat, Planungsansätze für Steuersenkungen an die Vorlage von Kostenschätzungen für den Krieg zu binden, ist jedoch gescheitert.

Ungeachtet der Kritik aus beiden Parteien hält die Bush-Administration an ihren Steuersenkungsplänen fest, die sie zur Stärkung der anhaltend schwachen Konjunktur wie der langfristigen Wachstumsaussichten für notwendig erachtet.

Der Vorstoß der vier Senatoren aus der Mitte des politischen Spektrums der beiden Parteien deutet aber nicht nur die politischen Hürden bei der Durchsetzung der von der Administration vorgeschlagenen Steuerentlastungen an. Er skizziert zugleich den Weg für einen möglichen Kompromiss, der allerdings den Verzicht auf wesentliche Bestandteile des Gesamtpakets voraussetzen würde.

7. Bush legt verändertes Konzept für Medikamentenzusatzversicherung vor

Präsident Bush hat Anfang März 2003 das bereits seit längerem angekündigte Konzept der Administration für einen Ausbau des Bundeskrankenversicherungsprogramms für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke (*Medicare*) in Grundzügen vorgestellt.

In einer Rede in Washington, D.C., vor der *American Medical Association* (AMA), dem größten Ärzteverband der USA, skizzierte der Präsident die zentralen Eckpunkte der bereits seit mehreren Jahren diskutierten Ergänzung von Medicare durch eine Medikamentenzusatzversicherung (*Medigap Insurance*).

In Reaktion auf die deutliche Kritik aus beiden Parteien an den ursprünglichen Plänen zur Aufstockung des Leistungskatalogs (vgl. CR 2/2003, S. 6) hat die Administration eine merkliche Korrektur an ihrem Konzept vorgenommen.

Gemäß den Darstellungen des Präsidenten sollen nicht nur Leistungsbezieher in den Genuss der Medikamentenzusatzversicherung kommen, die, wie zunächst vorgesehen, zu einem privaten Anbieter wechseln, der finanziert durch Medicare die Krankenversicherung übernimmt.

Dies, so die Kritiker, hätte vielen Senioren keine andere Wahl gelassen, als zu einer *Health Maintenance Organization* (HMO) zu wechseln. Gleichzeitig hätten Versicherte in Regionen, in denen HMOs keine Medicare-Patienten akzeptieren, die neuen Leistungen aber unter Umständen nicht in Anspruch nehmen können.

Das veränderte Konzept der Administration sieht nun vor, dass Versicherte unter *Medicare*, die nicht zu einem privaten Anbieter wechseln,

- durch ein Rabatt-Programm des Bundes Preisnachlässe von 10 bis 25 Prozent auf Medikamente erhalten und

- die Kosten für Medikamente ab einer noch festzusetzenden Obergrenze von *Medicare* übernommen werden sollen.

Als Zielvorgabe für die Obergrenze der jährlichen Eigenleistungen der Versicherten nannten Vertreter der Administration einen Betrag von 4.500 bis 7.000 USD. Zusätzlich sollen Senioren mit geringen Einkommen neue Zuschüsse in einer Höhe von bis zu 600 USD jährlich für die Medikamentenversorgung erhalten.

Ungeachtet des Einlenkens der Administration in der Frage der Beschränkung der zusätzlichen Leistungen fielen die Reaktionen von führenden Vertretern beider Parteien im Congress überraschend kühl aus.

Senator Charles E. Grassley (R-Iowa), der Vorsitzende des *Senate Finance Committee*, ließ verlauten, Senioren, die unter *Medicare* direkt versichert bleiben wollten, sollten in der Frage der Medikamentenzusatzversicherung denen gleich gestellt werden, die zu privaten Anbietern wechselten.

Der Abgeordnete Billy Tauzin (R-La.), Vorsitzender des *House Committee on Energy and Commerce*, sowie Jim Nussle (R-Iowa), Vorsitzender des *House Budget Committee*, halten die für Versicherte unter *Medicare* in Aussicht gestellten Leistungen für unzureichend.

Für die Mehrheit der Demokraten brachte Senator Edward M. Kennedy (Mass.) die Kritik auf den Punkt. Kennedy wies darauf hin, dass ungeachtet der Nachbesserungen am Konzept der Administration noch immer gelte, dass die Versicherten zu einer HMO oder ähnlichen Anbietern wechseln müssten, um in den Genuss einer echten Absicherung der Medikamentenversorgung kommen zu können.

Die Demokraten im Senat wie im Repräsentantenhaus wollen eigene Reformvorschläge im Congress einbringen, die wesentlich großzügiger ausgestaltet sein sollen. Während der Plan des Präsidenten in den ersten 10 Jahren zusätzliche Ausgaben von 400 Mrd. USD vorsieht, zielen die Demokraten auf eine Verdoppelung des Leistungsvolumens.

Wenngleich die Kurskorrektur der Administration Kompromissbereitschaft signalisiert und neue Bewegung in die Debatte bringt, erscheinen die Aussichten für eine Reform in der laufenden Legislaturperiode unklar.

Angesichts der 2004 anstehenden Präsidentschafts- und Congress-Wahlen steigt zwar der öffentliche Erwartungsdruck auf beide Parteien, die weithin populäre *Medicare*-Reform durchzusetzen. Gleichzeitig wächst aber auch die Versuchung, sich mit einer harten Haltung für die kommenden Wahlkämpfe zu profilieren und ein Scheitern der Verhandlungen der jeweiligen Gegenseite zuzuschreiben.

8. Tauziehen um Bestätigung von Bundesrichter Estrada im Senat

Während der Senat die Nominierung von Richter Jay Bybee für den 9. Gerichtsbezirk des *US. Court of Appeals* (San Francisco) bestätigt hat, ist um die Nominierung von Miguel A. Estrada für das Amt des Bundesrichters beim Berufungsgericht in Washington, D.C. ein heftiger Streit zwischen den Fraktionen entbrannt. Dabei ist es *Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.) bisher nicht gelungen, eine von den Demokraten vorgenommene Blockade der Abstimmung über die Nominierung von Estrada im Senatsplenum mittels Filibuster zu brechen.

Ein entsprechender Versuch scheiterte am 6. März 2003 mit 55:44 Stimmen, wobei nur vier Demokraten, die Senatoren John B. Breaux (La.), Zell Miller (Ga.), Ben Nelson (Neb.) und Bill Nelson (Fla.), mit der republikanischen Mehrheitsfraktion stimmten.

Nach der Geschäftsordnung des Senats bedarf es einer Dreifünftel-Mehrheit, also 60 Stimmen, um ein *Filibuster* mittels *Cloture* zu beenden. Da die Republikaner in der 108. Legislaturperiode des Congress aber nur über eine Mehrheit von 51 Sitzen verfügen (bei 48 Sitzen für die Demokraten und einem Unabhängigen Senator) können sie die Blockade nur mit Unterstützung der Demokraten beenden.

Estrada, der von Orrin Hatch (R-Utah), dem konservativen Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Senat, protegert wird, gilt vielen Demokraten im Senat als zu starker „Ideologe“, dessen Vorstellungen von Deregulierung bundesstaatlicher Aufgaben sich negativ auf die Rechtsprechung des *Appeals Court* in Washington, D.C. auswirken könnte, der unter Anderem für Fragen der Regulierung der Arbeit bundesstaatlicher Behörden zuständig ist.

Freilich geht es beim Tauziehen um die Nominierung von Estrada, dessen Bestätigung die Demokraten bisher blockieren konnten, nicht nur um die Zusammensetzung des Washingtoner Berufungsgerichts, sondern auch um ein generelles politisches Kräfte-messen zwischen der demokratischen Minderheitsfraktion und ihrem Vorsitzenden Tom Daschle (D-S.D.) und *Majority Leader* Bill Frist (R-Tenn.). Der musste in der Abstimmung Anfang März erfahren, dass seine Fraktion zwar geschlossen hinter ihm steht, sein politischer Gestaltungsraum auf Grund des Widerstands der Demokraten aber durchaus empfindlich eingeschränkt werden kann.

Während die Republikaner den Demokraten Obstruktion vorwerfen, die auch vor der Verfassung nicht halt mache, in der dem Senat lediglich beratende und zustimmende Funktion bei der Nominierung von Bundesrichtern zukomme (Art 2, 2), nehmen die Demokraten für sich in Anspruch, dass sie eben diesen verfassungsmäßigen Pflichten nachkommen. „Ich hoffe“, so Richard J. Durbin (D-Ill.), Mitglied des Rechtsausschusses im Senat, „dass dies das Justizministerium und die Administration lehrt, dass Aufrichtigkeit belohnt wird.“ Gemeint ist die von den Demokraten monierte zu geringe Information über einzelne rechtspolitische Positionen des Kandidaten Estrada.

9. Senator Graham strebt demokratische Präsidentschaftskandidatur an

Senator Bob Graham (Fla.) hat Ende Februar 2003 erklärt, dass er sich um die Nominierung der Demokraten für die Präsidentschaftswahlen 2004 bewerben will.

Graham, der sich derzeit von einer Herzoperation erholt, ist damit der neunte Kandidat in dem schnell wachsenden Feld demokratischer Bewerber und neben John Edwards, John Kerry und Joseph Lieberman der vierte Senator, der sich um die Nominierung bemüht (vgl. CR 2/2003, S. 10).

Der Senator kann mit seiner achtjährigen Amtszeit als Gouverneur Floridas und 16-jähriger Zugehörigkeit zum Congress auf eine Serie von Erfolgen und eine beachtliche Laufbahn verweisen. Das bevölkerungsreiche Florida, in dem Graham hohes Ansehen genießt, gehört zudem zu den wichtigsten, zwischen den beiden Parteien umkämpften Bundesstaaten.

Politisch hat Senator Graham zuletzt vor allem mit seiner Opposition gegen die Ermächtigung des Präsidenten zum militärischen Gewalteinsatz gegen den Irak sowie mit seinen Forderungen einer Intensivierung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus Aufmerksamkeit erregt. Im Spektrum der demokratischen Partei ist er im gemäßigten *Mainstream* einzuordnen.

Ungeachtet seines beachtlichen Profils fehlt Graham bisher allerdings sowohl der organisatorische Rückhalt wie auch das zentrale Thema für eine schlagkräftige Kampagne. Als erfahrener *Elder Statesman* aus den Südstaaten, der gegen einen Irak-Krieg gestimmt hat, kann er aber insbesondere Howard Dean, John Edwards und Joe Lieberman Unterstützung entziehen und als Kandidat aus der zweiten Reihe gegebenenfalls ins Spitzenfeld vorrücken.

Einen Rückzieher von einer möglichen Kandidatur hat dagegen der frühere NATO-Oberkommandierende Wesley K. Clark gemacht. Beobachter gehen davon aus, dass sich Clark mit seinen fortgesetzten öffentlichen Auftritten als Anwärter auf eine führende Position im Gespräch halten will.

Senator Christopher J. Dodd (Conn.), der eine Bewerbung erwogen hatte, beendete Spekulationen mit einer Unterstützungserklärung für seinen Senatskollegen Lieberman. Noch keine Entscheidung über eine mögliche Kandidatur haben vor allem Senator Joseph Biden (Del.) und der frühere Senator Gary Hart (Col.) getroffen.

Durch den Irak-Krieg sind jedoch die Wahlkampf Bemühungen der Demokraten zumindest vorläufig in den Hintergrund getreten. Nur Howard Dean hat angekündigt, seine Kritik an der Bush-Administration in unverminderter Schärfe fortsetzen zu wollen.

Der Senator (Name nicht demarkierter Präsidentschaftskandidat)

Senator Bob Graham (Fla.) hat Ende Februar 2003 erklärt, dass er sich um die Nominierung der Demokraten für die Präsidentschaftswahl 2004 bewerben will.

Graham hat sich bereits von einer Herausforderung durch den derzeitigen Präsidentschaftskandidaten John Edwards abgelehnt. Edwards hat sich von einer Herausforderung durch John Kerry und Ralph Abner abgelehnt, der sich um die Nominierung der Republikaner für die Präsidentschaftswahl 2004 bewirbt.

Der Senator kann mit seiner wichtigsten Aufgabe als Gouverneur Floridas und 16-jähriger Zugehörigkeit zum Kongress aus einer Gruppe von führenden und einflussreichen Kandidaten hervorstechen. Das politische Profil ist in dem Gebiet des Atlantik-Rim-Gebietes, das sich zwischen den beiden Parteien verstreut hat.

Politisch hat Senator Graham zuletzt vor allem mit seiner Opposition gegen die Entscheidung des Justizministeriums zum Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen sowie mit einem Fortschritt einer Finanzierung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus Aufmerksamkeit erregt. Im Spektrum der demokratischen Partei ist er im allgemeinen als liberaler Kandidat zu sehen.

Im Gegensatz zu anderen demokratischen Kandidaten ist Graham bisher als Mitglied der demokratischen Partei nicht als Kandidat für eine zweite Amtszeit im Kongress in Betracht gekommen. Er hat sich jedoch für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden.

Seine Kandidatur ist eine wichtige Kandidatur für das Jahr 2004. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden.

Seine Kandidatur ist eine wichtige Kandidatur für das Jahr 2004. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden.

Seine Kandidatur ist eine wichtige Kandidatur für das Jahr 2004. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden. Er hat sich für eine zweite Amtszeit im Kongress entschieden.

UB KAISERSLAUTERN



107 966 182 386